



Presseinformation

Düsseldorf, 21.02.2025

Beratung, Anlaufstelle, Weiterbildungsangebote: Kick-off-Treffen zum Maßnahmenpaket gegen Antisemitismus an Hochschulen

Ministerin Brandes: „Hochschulen müssen Orte sein, an denen sich Jüdinnen und Juden ohne Sorge vor Diskriminierung und Angriffen aufhalten, studieren und arbeiten können“

Pressesprecher
Christian Voss
Telefon 0211 896– 4790
Telefax 0211 896– 4575
presse@mkw.nrw.de

Mehr Beratung für jüdische Studentinnen und Studenten, eine zentrale Anlaufstelle für Betroffene von Antisemitismus und ein umfangreiches Weiterbildungsangebot für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an Hochschulen: Mit einem Maßnahmenpaket hat die Landesregierung auf antisemitische Vorfälle reagiert, die nach dem Terrorangriff der Hamas am 7. Oktober 2023 in ganz Deutschland und auch an Hochschulen zugenommen haben. Seit bereits einem halben Jahr finden Betroffene sowie Zeuginnen und Zeugen von antisemitischen Vorfällen bei der „Zentralen Stelle für Beratung und Monitoring von antisemitischen Vorfällen an Hochschulen in Nordrhein-Westfalen“ an der Universität Münster Beratung und Unterstützung. Am heutigen Freitag, 21. Februar 2025, kamen Vertreterinnen und Vertreter der Hochschulen, der Anlaufstelle und der Landesregierung zusammen, um sich über die bisherigen Erfahrungen auszutauschen.

Weitere Akteure wie die im Ministerium für Kultur und Wissenschaft eingerichtete Stabsstelle „Prävention gegen Antisemitismus, politischen und religiösen Extremismus, Rassismus und Demokratiefeindlichkeit“ stellten ihre Arbeit vor. Auch das Centrum für Antisemitismus und Rassismusstudien der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen in Aachen nahm an dem Vernetzungstreffen teil. Es stellte das vom Land

Völklinger Straße 49
40221 Düsseldorf
www.mkw.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:
S-Bahnen S 8, S 11, S 28
(Völklinger Straße)
Rheinbahn Linie 709
(Georg-Schulhoff-Platz)
Rheinbahn Linien 706, 707
(Wupperstraße)

geförderte Schulungs- und Weiterbildungsangebot gegen Antisemitismus für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an Hochschulen vor.

Wissenschaftsministerin Ina Brandes: „Alle Studentinnen und Studenten und alle Lehrenden müssen sich an unseren Hochschulen sicher fühlen. Es müssen Orte sein, an denen sich Jüdinnen und Juden ohne Sorge vor Diskriminierung und Angriffen aufhalten, studieren und arbeiten können. Antisemitische Angriffe und Parolen an unseren Hochschulen sind Mahnung und Auftrag, beim Kampf gegen Antisemitismus nicht nachzulassen. Ich bin sehr dankbar, dass unsere Hochschulen so klar ihre Solidarität mit jüdischen Studierenden zum Ausdruck gebracht haben und mit großem Einsatz gegen Antisemitismus eintreten.“

Prof. Dr. Johannes Wessels, Vorsitzender der Landesrektorenkonferenz der Universitäten in Nordrhein-Westfalen: „Die zentrale Anlaufstelle für Betroffene von Antisemitismus ist ein wichtiger Baustein im Kampf der NRW-Hochschulen gegen Antisemitismus. Mit dem Ausbau von Beratungsstrukturen und Weiterbildungsangeboten haben die Hochschulen – auch mit Unterstützung des Landes – im vergangenen Jahr zudem eine Reihe weiterer Maßnahmen auf den Weg gebracht, von denen wir sicher sind, dass sie helfen, auf der einen Seite Betroffene noch besser zu unterstützen und auf der anderen den Antisemitismus weiter einzudämmen.“

Andreas Stahl, der Leiter der Anlaufstelle: „Die Fälle, die mir von Betroffenen geschildert werden, sind sehr unterschiedlich. Es geht dabei sowohl um Formen des Antisemitismus unter Hochschullehrenden als auch Bedrohungen und Einschüchterungen durch Kommilitoninnen oder Kommilitonen wie auch israelfeindliche Motivation unter Hochschulangehörigen allgemein. Eine große Bedeutung hat dabei stets die Abwehr der Thematisierung von israelbezogenem Antisemitismus oder die Verharmlosung dessen. Neben Dokumentation und Beratung geht es beim Thema des israelbezogenen Antisemitismus an Universitäten darum, in Form von Bildungsmaßnahmen Präventions- und Interventionsarbeit zu

leisten und das oft schiefe Bild von der Geschichte des arabisch-israelischen Konfliktes zu korrigieren.“

Die Anlaufstelle wird mit rund 221.000 Euro vom Ministerium für Kultur und Wissenschaft gefördert und gehört zu einem Maßnahmenpaket, das der Landtag Nordrhein-Westfalens nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 auf Antrag von CDU, Grünen, SPD und FDP im Dezember 2023 beschlossen hat. Sie fungiert als niedrigschwellige Anlaufstelle für betroffene jüdische Studierende und Hochschullehrende. Sie ist unter dem Dach der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Nordrhein-Westfalen (RIAS NRW) organisiert und agiert unabhängig.

Insgesamt unterstützt die Landesregierung Maßnahmen gegen Antisemitismus an Hochschulen mit über 1,5 Millionen Euro. Teil des Pakets ist auch das gemeinsame Schulungs- und Weiterbildungsangebot für Hochschulangehörige zu den Themen Nahostkonflikt, Antisemitismus und Israelfeindlichkeit. Dieses wurde vom Land mit rund 500.000 Euro ermöglicht. Die Schulungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Universitäten, Hochschulen für angewandte Wissenschaften und Kunst- und Musikhochschulen werden in enger Zusammenarbeit mit der Anlaufstelle angeboten. Hochschulangehörige sollen so weiter befähigt werden, Antisemitismus zu erkennen, ihm gezielt entgegenzutreten und Betroffenen zu helfen.

Bereits vor rund einem Jahr hat das Ministerium für Kultur und Wissenschaft den Hochschulen außerdem über 800.000 Euro zusätzliche Mittel zur Stärkung und zum Ausbau bestehender Beratungs- und Unterstützungsstrukturen einschließlich psychologischer Beratung zur Verfügung gestellt.